



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

# MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 121

26. SEPTEMBER 2008

## LEHR(N)STÜCK FINANZMARKTKRISE

Alles begann in den USA. Nach dem 11. September 2001 entschied sich die US-Notenbank für eine Niedrigzinspolitik. Geld wurde billig und gerade die US-amerikanischen Hauslebauer griffen zu. Immobilienfinanzierer und regionale Banken halfen dabei auch Kreditnehmern aus, die keinen Cent Eigenkapital in der Tasche hatten – hierzulande unvorstellbar, in den USA aber lange an der Tagesordnung.

Um die Risiken klein zu halten, verkauften die Banken die Kredite an andere Banken und Fonds weiter. Dort wurden sie umgeschichtet und als Pakete weiter verbrieft. Diese Konstruktionen brachen wie ein Kartenhaus zusammen, als viele Schuldner durch steigende Zinsen Probleme damit bekamen, ihre Kredite zu bedienen. Hypotheken platzten. Erst gerieten die Finanzierer, dann die Banken in eine gefährliche Schiefelage. Mit den bekannten Folgen.

Durch die weltweiten Finanzkanäle schwappten die Wellen der Krise schnell nach Deutschland. So hatte z.B. die IKB-Bank – eigentlich ein Mittelstandsfinanzierer – bei den Hypothekenkrediten mitgezockt. Nur mit Millio-nenspritzen konnte dann der Kollaps verhindert werden.

Auch ich weiß heute nicht, welche Nachrichten uns morgen wieder aus New York und Frankfurt erreichen werden. Ich glaube aber, dass wir in Deutschland gut gewappnet sind, um den Sturm zu überstehen: Unter der unionsgeführten Bundesregierung ist die Volkswirtschaft gewachsen, die Zahl der Arbeitslosen deutlich gesunken und der Haushalt konsolidiert. Durch eine Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung, wie sie von der CDU/CSU-Fraktion gefordert wird, können wir die Wirtschaftsdynamik ankurbeln.

Aber natürlich werden wir in einer globalisierten Welt die Auswirkungen der Krise zu spüren bekommen. Wenn z.B. Banken in Zukunft noch vorsichtiger sind bei der Vergabe von Krediten, wird auch beim Konsum weniger ausgegeben. So kann das Wachstum gebremst werden.

Natürlich liegen die Wurzeln der derzeitigen Finanzkrise in den USA: die dortige Praxis von Kreditvergabe und Aufsicht waren unglaublich lax! Daher müssen unsere amerikanischen Freunde zuerst einmal vor der eigenen Haustür kehren. Zu Recht hat unsere Bundeskanzlerin Forderungen



nach einer deutschen Beteiligung am amerikanischen Superrettungsfonds eine Absage erteilt. Während die Basel II-Eigenkapitalvorschriften in Europa für Stabilität sorgen, haben die USA die Umsetzung der Regeln, die sie selbst gefordert haben, immer wieder verzögert.

Krisen können in Zukunft nur durch internationale Vereinbarungen verhindert werden. Seit langem wirbt Deutschland für Reformen auf dem Finanzmarkt. Oberstes Ziel: mehr Durchsichtigkeit! Nur wenn wir wissen, was sich hinter den Türen der Banken abspielt, lässt sich wieder jenes Vertrauen herstellen, das der Finanzmarkt so dringend braucht.

*Liebe Leserinnen und Leser!*

**A**uch mich hält die Finanzmarktkrise in Atem. Die Kurse befinden sich auf Achterbahnfahrt, traditionsreiche Bankhäuser gehen Pleite. Gleichzeitig sind die Zusammenhänge so komplex, dass selbst Experten in Erklärungsnot kommen. Wie kam es zur Krise? Wird Deutschland von den Turbulenzen erfasst? Kann die Politik in Zeiten globaler Finanzströme überhaupt etwas machen? Der Finanzminister hat gestern dazu im Bundestag Stellung genommen.

Herzlichst, Ihr

## ZWEI SPANNENDE WOCHEN IM BUNDESTAG



Ich heiße Henning Nordmann. Im Anschluss an mein Jurastudium bekam ich die Möglichkeit, im Berliner Bundestagsbüro von Michael Grosse-Brömer ein zweiwöchiges Praktikum zu machen. Dabei konnte ich einen Eindruck von den Aufgaben und Tätigkeiten eines Bundestagsabgeordneten gewinnen.

Gleich am ersten Tag begleitete ich Herrn Grosse-Brömer mit einer Besuchergruppe aus Buchholz zu einer Diskussionsrunde in das Reichstagsgebäude. Den darauf folgenden Tag nahm ich als Zuhörer an einer Sitzung

des Rechtsausschusses und der Arbeitsgruppe Recht teil. In der ersten Woche bot sich für mich des Weiteren die Gelegenheit, Plenarsitzungen des Bundestages von der Besucherebene aus zu verfolgen. Dank des Praktikantenausweises hatte ich nicht nur Zutritt zum Reichstagsgebäude. Auch die anderen Räumlichkeiten des Bundestages wie das Jakob-Kaiser- oder das Paul-Löbe-Haus, in dem die Ausschusssitzungen stattfinden, standen mir offen.

Von den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Büros wur-

de ich gut in die laufenden Tätigkeitsgebiete eingebunden. So konnte ich mich als Interessierter am Europarecht mit europarechtlichen Themen wie dem VW-Gesetz vor dem Hintergrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofes, aber auch mit der geplanten Einführung einer Europäischen Privatgesellschaft beschäftigen.

Abgerundet wurde das erfahrungsreiche Praktikum durch den Besuch einer Sitzung des Unterausschusses Europarecht, in dem Herr Grosse-Brömer Stellvertretender Vorsitzender ist.

## EINHEIT FEIERN, DDR-DIKTATUR AUFARBEITEN



Mit Blick auf den 19. Jahrestag der Deutschen Wiedervereinigung feiern wir am 3. Oktober nicht nur die Aufhebung einer künstlichen Trennung unseres Landes, die oft durch Familien und Freundschaften ging. Wir feiern, dass 17 Millionen Ostdeutsche ihre Freiheit wiedergewonnen haben. Furchtlos sind sie für ihr Recht auf Freiheit und Einheit eingetreten.

Unterstützung haben wir aber auch von unseren westlichen Verbündeten erhalten. Allen voran durch die USA und den damaligen Präsidenten George Bush sen.

Zur Bilanz von vierzig Jahren DDR-Diktatur gehört jedoch auch die Frage nach Tätern und Opfern des Unrechtsregimes. Es gilt deshalb eine intensive Aufklärung über das SED-Unrechtsregime

voranzutreiben. Dazu verabschiedete der Bundesvorstand der CDU am Montag einstimmig den Antrag „Geteilt. Vereint. Gemeinsam“.

So können wir erreichen, dass der um sich greifenden Geschichtsklitterung durch die Linken Einhalt geboten wird. Die Postkommunisten müssen sich ihrer historischen Altlasten endlich annehmen. Sie dürfen sich nicht mehr aus der Verantwortung stehlen.

## GROSSE-BRÖMER AUF JURISTENTAG



Michael Grosse-Brömer hat in dieser Woche den 67. Deutschen Juristentag in Erfurt besucht und dort an der auswärtigen Sitzung des Rechtsausschusses teilgenommen.

Zu den weiteren Teilnehmern zählten Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und der Präsident des Deutschen

Juristentages, Prof. Dr. Martin Henssler. Oben auf der Agenda des diesjährigen Juristenkongresses, der von rund 2.700 Rechtsexperten besucht wurde, gehörte das Thema Mediation. So diskutierten die Teilnehmer, ob im Berufsrecht und Verfahrensrecht Regelungsbedarf besteht.

### TERMINAUSWAHL

- 01.10. Handelskammer Hamburg: „Masterplan Güterverkehr und Logistik der Bundesregierung“
- 03.10. Veranstaltung zum Tag der deutschen Einheit im Marstall Winsen
- 06.10. Parlamentarischer Abend des MIT-Kreisverbandes Harburg-Land
- 07.10. Fraktionssitzung und Debatte im Bundestag